Leo Baeck Institut für die Geschichte und Kultur der deutschsprachigen Juden in Jerusalem, London und New York; Wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft und Kommission für die Verbreitung deutsch-jüdischer Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland

Deutsch-jüdische Geschichte im Unterricht

Eine Orientierungshilfe für Schule und Erwachsenenbildung

2. erweiterte und aktualisierte Fassung 2011

Kuratorium

Prof. Dr. Wolfgang Bergsdorf, Ministerialdirektor a.D., Bonn
Franz-Josef Bindert, Ministerialdirigent, Bonn
Dr. Hans Otto Bräutigam, Berlin
Jürgen Faulenbach, Bundeszentrale f. politische Bildung, Bonn
Norbert Gansel, Oberbürgermeister a.D., Kiel
Wilhelm Haas, Botschafter a.D., Bonn
Dr. Niels Hansen, Botschafter a.D., Bonn
Prof. Dr. Arno Herzig, Hamburg
Dr. Josef Joffe, Herausgeber der Wochenzeitung *„Die Zeit“*
Hermann E.J. Kalinna, Oberkirchenrat i.R., Bonn
Dr. Angelika Köster-Loßack, Heidelberg
Prof. Dr. phil. Salomon Korn, Vizepräsident d. Zentralrats d. Juden in Deutschland, Frankfurt am Main
Rainer Lingenthal, Ministerialdirektor a.D., Berlin
E. G. Mahrenholz, Karlsruhe
Michael Mertes, Konrad– Adenauer-Stiftung, Jerusalem
Dr. Christoph E. Palmer, MdL, Stuttgart
Prof. Dr. Gerhard A. Ritter, Berlin
Dr. Waldemar Ritter, Ministerialdirigent a.D., Bonn
Prof. Dr. Reinhard Rürup, Berlin
Dr. Thomas Schnabel, Haus d. Geschichte Baden Württemberg
Prof. Dr. Julius H. Schoeps, Potsdam
Klaus Schütz, Botschafter a.D., Berlin
Dr. Joachim Schulz-Hardt, Ministerialdirektor a.D., Bonn
Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, Vorsitzender Stiftung Ettersberg, Weimar
Prof. Dr. Rudolf Vierhaus, Max-Planck-Institut, Göttingen
Prof. h.c. .Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident a.D., Erfurt
Ruth Wagner, Staatsministerin a.D., Darmstadt
Prof. Dr. Werner Weidenfeld, München
Dr. Richard Frhr. von Weizsäcker, Bundespräsident a.D., Berlin
Dr. Ernst-Peter Wieckenberg, München

Vorstand

Dr. Schimon Staszewski, Neu-Isenburg, Vorsitzender
Manfred Levy, Hofheim i.Ts., Stellvertretender Vorsitzender
Prof. Dr. Michael Brenner, München
Dr. Rachel Heuberger, Frankfurt am Main
Jakob Rosenzweig, Frankfurt am Main
Prof. Dr. h.c. Arno Lustiger, Frankfurt a.M., Ehrenvorsitzender

Inhalt

Vorwort III

Einleitung V

Juden in der römischen Antike IX

Juden im Mittelalter XI

Juden in der Frühen Neuzeit und im Absolutismus XIII

Jüdische Aufklärung und Akkulturation XV

Der lange Weg der Emanzipation der Juden
im 19. Jahrhundert XVII

Juden im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik XX

Verfolgung und Selbstbehauptung im Nationalsozialismus XXII

Juden in Deutschland nach 1945 XXV

Das Leo Baeck Programm XXVII

Literatur XXIX

Internet XXX

Wichtige Museen und Bildungseinrichtungen XXXI

Herausgeber und Anschrift:

LBI-Kommission für die Verbreitung deutsch-jüdischer Geschichte
c/o Jüdisches Museum der Stadt Frankfurt
Untermainkai 14/15
60311 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 212 49 434
Fax: (069) 212 30705
E-Mail: info@juedischesmuseum.de

Mitglieder der Kommission des Leo Baeck Instituts zur Verbreitung deutsch-jüdischer Geschichte

Dr. Joachim Schulz-Hardt, vormals Generalsekretär der Kultusministerkonferenz, als Vorsitzender
Georg Heuberger (sel. A.), vormals Vorsitzender des Vereins der Freunde und Förderer des LBI, vormals Direktor des Jüdischen Museums der Stadt Frankfurt, als stellvertretender Vorsitzender
Prof. Michael Meyer, Professor für jüdische Geschichte am Hebrew Union College Cincinatti und Internationaler Präsident des LBI
Prof. Dr. Monika Richarz, vormals Direktorin des Instituts für die Geschichte der Juden in Hamburg
Prof. Dr. em. Arno Herzig, Universität Hamburg, Mitglied der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in Deutschland
Dr. Angelika Köster-Loßack, MdB (1994–2002)
Ruth Wagner, ehemals Vizepräsidentin des Hessischen Landtags und Ministerin für Wissenschaft und Kunst des Landes Hessen
Stephan J. Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland
Till Lieberz-Groß, Direktorin der Anne-Frank-Schule in Frankfurt
Rolf Ballof, vormals Vorsitzender des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands e. V.
Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum, Vorsitzende der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in Deutschland
Manfred Levy, Mitglied der Freunde und Förderer des Leo Baeck Instituts
Dr. Katharina Rauschenberger, Programmkoordination Fritz Bauer Institut
Dr. Martin Liepach, Mitglied der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in Deutschland als Kommissionsgeschäftsführer

Weitere Mitarbeit:

Prof. Dr. Simone Lässig, Direktorin des Georg-Eckert-Instituts, Braunschweig

Vorwort

Bei der Eröffnung des eindrucksvollen Jüdischen Museums in Berlin 2001 hat der damalige Bundespräsident Johannes Rau mahnend ausgeführt:

„Heute wissen ja nicht nur viele junge Leute von der Geschichte der Juden in Deutschland und in Europa nur eines: dass die Nationalsozialisten den Massenmord an den europäischen Juden geplant und exekutiert haben. Wir müssen die Erinnerung an diese Katastrophe wach halten... Das darf aber nicht zu dem Fehlschluss führen, dass der Holocaust die Summe der deutsch-jüdischen Geschichte sei. Dem müssen wir entgegen treten."

Die Verengung der geschichtlichen Erinnerung hat auch das Leo Baeck Institut in der ersten Auflage seiner Orientierungshilfe 2003 festgestellt und für eine Korrektur der historischen Sichtweise, also einen Perspektivwechsel, plädiert.

Dies heißt, doppelte Erinnerung bewahren, sowohl an den Holocaust als auch an die über 1000-jährige gemeinsame deutsch-jüdische Geschichte, und beides zusammen als gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Verpflichtung auf Grund unserer besonderen geschichtlichen Verantwortung, die Teil der Staatsraison Deutschlands ist.

Es ist sehr anzuerkennen, dass sich seit der ersten Auflage dieser Orientierungshilfe 2003 viel gegen das Vergessen und die Bewahrung der Erinnerung an die gemeinsame deutsch-jüdische Geschichte getan hat. In Stichworten können hier nur einige der Aktivitäten genannt werden: die Verbreitung dieser Orientierungshilfe im Schul- und Bildungsbereich, eine zentrale Informationsveranstaltung 2004 im Jüdischen Museum Berlin insbesondere für die Schulministerien der Bundesländer, eine Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung, das besondere Engagement des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands als auch das erfolgreiche Leo Baeck Förderprogramm zusammen mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" und bis Herbst 2011 auch der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Im Rahmen dieses Förderprogramms sind seit 2005 über 100 Projekte zur deutsch-jüdischen Geschichte in nahezu allen Bundesländern gefördert und jährlich Informationsveranstaltungen für den Lehrerbereich in den Ländern durchgeführt worden; das Programm hat in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung auch zum Aufbau einer Datenbank mit Unterrichtsmaterialien zur deutsch-jüdischen Geschichte geführt. Zu erwähnen sind schließlich auch viele hilfreiche Veröffentlichungen und Informationsmaterialien sowie Ergänzungen in Lehrplänen und Schulbüchern.

Trotz dieser Bemühungen ist das Defizit an deutsch-jüdischer Geschichte im Schulbereich nach wie vor noch groß. Hinzu kommt, dass ein großer Schüleranteil mit Migrationshintergrund seine eigene Kultur und Geschichte mit bringt und den

Geschichtsunterricht damit vor neuen Aufgaben und Herausforderungen stellt. Die lange Geschichte der Juden in Deutschland bietet mit ihren Erfolgen, aber auch zeitweiligen Rückschlägen, hervorragendes Anschauungsmaterial für die aktuelle Diskussion über Migration und Integration in unserem Land.

Schließlich geht es bei der Vermittlung deutsch-jüdischer Geschichte auch um den Abbau von Vorurteilen sowie den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Es geht um die Aufklärung darüber, dass Juden seit mehr als tausend Jahren Teil unserer Gesellschaft sind und die deutsche Geschichte mitgeprägt haben.

Das Leo Baeck Institut dankt allen, die durch ihre Mitarbeit diese 2. Auflage ermöglicht haben.

Für das Leo Baeck Institut und die Kommission zur Verbreitung der deutsch-jüdischen Geschichte

Prof. Dr. Michael Meyer
Internationaler Präsident des
des Leo Baeck Instituts

Dr. Joachim Schulz-Hardt
Kommissionsvorsitzender

Einleitung

Deutsch-jüdische Geschichte wird im Schulbereich oft noch unzureichend und thematisch verengt behandelt. Während im Wissenschaftsbereich durch neue Lehrstühle, Institute und umfangreiche Forschungsarbeit beachtliche Fortschritte auf dem Gebiet der deutsch-jüdischen Geschichte zu verzeichnen sind, gilt dies nicht im gleichen Umfang auch für den Schulbereich. Zwar hat es seit der Veröffentlichung der ersten Auflage dieser Orientierungshilfe eine ganze Reihe von Verbesserungen gegeben, die im Vorwort im Einzelnen aufgeführt sind, die Schulwirklichkeit insgesamt hat sich jedoch noch nicht befriedigend geändert.

Noch immer stehen bei der Berücksichtigung in Lehrplänen und Schulbüchern sowie im Unterricht – von Ausnahmen abgesehen – der Antisemitismus, die Verfolgungsgeschichte und der Holocaust einseitig im Vordergrund. Zwar ist fortdauerndes Erinnern an die Judenverfolgung und den Zivilisationsbruch des Holocaust im Unterricht unverzichtbar, doch eine weitgehende Reduzierung der deutsch-jüdischen Geschichte auf diese Dimension ist didaktisch verfehlt. Sie lässt Juden vorzugsweise als Objekte und Opfer der deutschen Geschichte erscheinen, nicht jedoch als Träger einer eigenen Kultur und als Mitgestalter der modernen Welt. Juden werden weiter primär aus dem Blickwinkel ihrer Umwelt dargestellt, während jüdische Selbstaussagen selten zu finden sind. Eine derartige Perspektive vermittelt ein einseitiges, unvollständiges Geschichtsbild, indem sie alles Positive der deutsch-jüdischen Geschichte ausblendet. Das Judentum gehört neben dem Christentum und dem Erbe Athens und Roms zu den Fundamenten europäischer und deutscher Kultur. Juden leben seit römischer Zeit in Europa, sie sind ein integraler Bestandteil deutscher Geschichte seit ihrem Beginn. Dies ist im Unterricht bisher nicht angemessen verdeutlicht worden.

Bereits die deutsch-israelischen Schulbuchempfehlungen von 1985 haben das beschriebene Defizit für die Schulbücher nachgewiesen und Korrekturen angemahnt. Wie eine Nachfolgeuntersuchung aus dem Jahr 2000 belegt, wurden diese Empfehlungen aber nur unzureichend umgesetzt. Zwar gab man in der Zwischenzeit der deutsch-jüdischen Geschichte mehr Raum in Schulbüchern und verwendete im Text mehr jüdische Quellen, aber dies kam wiederum vorzugsweise nur den Themen Verfolgung und Holocaust zugute.

Doch gibt es in der Zwischenzeit wichtige Impulse aus Politik und Staat für die Bewahrung und Förderung der deutsch-jüdischen Geschichte. Nicht nur der Bundespräsident hat sich bei der Eröffnung des Jüdischen Museums Berlin 2001 mahnend für eine Erweiterung des Geschichtsbildes, d. h. für die ganze deutsch-jüdische Geschichte, ausgesprochen. In gleichem Sinne haben die Kultusministerinnen Wolff, Ahnen und Kramp-Karrenbauer als Präsidentinnen der Kultusminis-

terkonferenz bei der Vorstellung der Orientierungshilfe 2003, bei einer Informationsveranstaltung für die Bundesländer 2004 in Berlin sowie bei der Präsentation des Leo Baeck Programms 2008 ebenfalls in Berlin plädiert. Im Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden in Deutschland vom 27.01.2003 verpflichtet sich die Bundesregierung in Artikel 1 wegen der besonderen geschichtlichen Verantwortung des deutschen Volkes zur Erhaltung und Pflege des deutsch-jüdischen kulturellen Erbes beizutragen. Hierzu gehört auch die deutsch-jüdische Geschichte. Schließlich fordert der Deutsche Bundestag in einer Entschließung gegen den Antisemitismus vom 4. November 2008 die Bundesregierung auf, auch dafür zu werben, dass Lehrpläne in Schulen um Themen zur jüdischen Geschichte erweitert werden.

Das Leo Baeck Institut hat daher, nach Vorarbeiten zusammen mit dem Georg Eckert Institut für internationale Schulbuchforschung Braunschweig und dem Verband der Geschichtslehrer Deutschlands, eine zweite und überarbeitete Auflage seiner Orientierungshilfe von 2003 erstellt. Dabei werden für einzelne Geschichtsepochen thesenartig wesentliche Themen und Inhalte deutsch-jüdischer Geschichte zur Orientierung für Lehrplan und Schulbucharbeit, Lehrerbildung, sowie die Arbeit in der Schule und die Erwachsenenbildung dargestellt. Quellen- und Literaturhinweise sind als Anlage beigefügt.

Das Leo Baeck Institut hält folgende **Kernpunkte** für einen **Perspektivwechsel** bei der Vermittlung deutsch-jüdischer Geschichte für wichtig:

1. Deutsch-jüdische Geschichte darf nicht auf Verfolgungs- und Vernichtungsgeschichte eingeengt werden. Neben der unverzichtbaren Erinnerung an den Holocaust muss die ebenso unverzichtbare Erinnerung an die gemeinsame Geschichte in Europa stehen. Dem Tod oder der Vertreibung der jüdischen Menschen darf nicht auch noch der Verlust ihrer Geschichte folgen.
2. Die Juden waren im Verlauf der Geschichte nicht nur Objekte, Verfolgte und Opfer, sondern auch Subjekte, d. h. aktive Bürger und kreative Gestalter von Kultur, Wirtschaft und Geschichte in Mitteleuropa. Es gibt keine kontinuierliche Verfolgung der Juden von den Kreuzzügen bis zum Nationalsozialismus.
3. Seit der Spätantike besteht ein dauerndes Zusammenleben von Nichtjuden und Juden in Europa. Diese mehr als 1000-jährige gemeinsame Geschichte verlangt entsprechende Berücksichtigung. Das Judentum gehört zu den geschichtlichen Grundlagen unserer Kultur.
4. Die deutsch-jüdische Geschichte des 19. Jahrhunderts ist eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte. Es gibt kein Land, in dem Juden sich seit der Emanzipation so stark entfalteten wie in Deutschland. Die Juden gehörten zum Kern des neuen Wirtschafts- und Bildungsbürgertums des 19.

und frühen 20. Jahrhunderts. Dies gilt für jüdische Unternehmer, Bankiers, Wissenschaftler, Künstler, Verleger und Journalisten, die zur Elite und Prominenz des Kaiserreichs und der Weimarer Republik zählten. Bis 1933 waren ein Drittel der deutschen Nobelpreisträger jüdischer Herkunft. Das deutsche Judentum hat so einen bedeutenden Beitrag für Deutschlands Weg in die Moderne geleistet.

5. Deutsch-jüdische Geschichte hat auch für das Judentum selbst eine außerordentliche Bedeutung. Deutschland ist die Heimat der jüdischen Aufklärung. In Deutschland wurden die Grundlagen für die moderne Wissenschaft des Judentums gelegt und die jüdischen Reformbewegungen geboren.
6. Deutsch-jüdische Geschichte muss in ihren europäischen Zusammenhängen dargestellt werden. Die innereuropäische Mobilität von Gelehrten und Händlern, aber auch die verfolgungsbedingte Migration ganzer Gemeinden stellte bereits seit dem Mittelalter eine starke Verbindung zwischen den europäischen Territorien her. Aufklärung und Judenemanzipation einerseits, aber auch der Antisemitismus andererseits waren immer auch zugleich europäische Phänomene, und die Verfolgung und Vernichtung der Juden durch die NS-Diktatur im Holocaust erstreckte sich auf weite Teile Europas.
7. Deutsch-jüdische Geschichte endet schließlich nicht mit dem Holocaust. In den Nachkriegsjahrzehnten und besonders seit 1990 durch Zuwanderung ist eine neue jüdische Gemeinschaft in Deutschland entstanden. Ihre Existenz und Bedeutung sollte auch im Schulunterricht eine große Rolle spielen.
8. Neben dem Fach Geschichte sind auch alle anderen Fächer unter ihrem jeweiligen besonderen Blickwinkel, und alle anderen Fachlehrer im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Vermittlung deutsch-jüdischen Gedankengutes gefordert. Dies gilt besonders für Deutsch, Politische Bildung, Geographie, Katholische und Evangelische Religionslehre, Ethik, Sozialkunde, Literatur und Kunst.
9. Besondere Bedeutung für die Vermittlung deutsch-jüdischer Geschichte haben auch der lokalgeschichtliche Ansatz, die örtliche Spurensuche, das sogenannte „Lernen vor Ort“, um das Interesse von Schülern zu wecken und ihre Selbsttätigkeit zu fördern. Hierzu gehört auch die Erinnerungskultur, d. h. der Besuch von regionalen und überregionalen Denkmälern, Museen und Gedenkstätten ebenso wie die Publikation von Autobiographien und Darstellungen zur Lokalgeschichte.
10. Deutsch-jüdische Geschichte war immer auch Integrationsgeschichte vor allem nach den jüdischen Wanderungsbewegungen von Ost nach West

auf Grund von Verfolgungen und Vertreibungen. Die damit verbundenen geschichtlichen Erfahrungen mit ihren Parallelen, politischen und gesellschaftlichen Prozessen sowie der besonders lange Weg der Emanzipation des deutschen Judentums mit seinen Fortschritten und Rückschlägen können lehrreich sein für unsere aktuellen Debatten und Bemühungen um die Integration von Migranten insbesondere auch muslimischen Glaubens. Jüngst beispielhaft und aufschlussreich kann auch die Zuwanderung von russischen Juden aus den ehemaligen GUS-Staaten in den beiden letzen Jahrzehnten mit den intensiven Integrationsbemühungen der jüdischen Gemeinden sein.

11. **Schlussbemerkung:** Schließlich geht es bei dem Plädoyer für mehr deutsch-jüdische Geschichte nicht allein um einen Perspektivwechsel, es geht gleichzeitig auch um den Kampf gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit in den Schulen. Es geht also auch um Aufklärung, denn Unwissenheit auf der einen Seite sowie Zerrbilder, Intoleranz und Aggression auf der anderen Seite hängen erfahrungsgemäß zusammen. Es ist wichtig, den bedeutenden Beitrag der jüdischen Geschichte zur deutschen Geschichte und den hohen Rang der jüdischen Kultur in unserem kulturellen Erbe zu erkennen. Diese Erkenntnis ist eine wichtige Voraussetzung für Verstehen, Achtung und Toleranz.

Juden in der römischen Antike

Leitgedanken:

Die jüdische Geschichte gehört zu den Grundlagen der europäischen Kultur; diese hat ihre Wurzeln in der Antike. Für das Verständnis jüdischer Geschichte ist die Thematisierung der Entstehung der Diaspora im Unterricht von großer Bedeutung. Unter der Herrschaft der Römer wurde Jerusalem als geistiges Zentrum des antiken Judentums zerstört und die jüdische Bevölkerung in die Diaspora (=Zerstreuung) getrieben, nur ein kleiner Teil der Juden lebte weiterhin in Palästina. So kam es im Römischen Reich zur Gründung zahlreicher jüdischer Gemeinden. Religionsgeschichtlich bedeutsam sind insbesondere der Monotheismus des Judentums und das komplexe Verhältnis zwischen Christentum und Judentum. Für die Behandlung dieser Themen bietet sich die Zusammenarbeit v.a. mit den Vertreter/innen der religionskundlichen Fächer an.

Anknüpfungspunkte für den Unterricht:

- Das alte Israel
- Romanisierung der Provinzen
- Christianisierung und Judentum
- Entstehung der Diaspora

Im Unterricht sollten folgende grundlegende Inhalte vermittelt werden:

- Bereits in vorrömischer Zeit entstand eine jüdische Diaspora (=Zerstreuung) mit Zentren in Babylon („Babylonische Gefangenschaft" 582–538 v.d.Z.) und Alexandrien. Der Freiheitskampf gegen die Römer führte 70 n.d.Z. zur Zerstörung des Tempels in Jerusalem und des Tempelkults. An seine Stelle trat der noch heute übliche Synagogengottesdienst mit dem Amt des Rabbiners. Nach einem erneuten Aufstand wurde es 135 n.d.Z. grundsätzlich Juden verboten in Jerusalem zu leben. Die Römer zwangen die Juden zur Diaspora. Nur ein kleiner Teil der jüdischen Bevölkerung blieb in Palästina zurück. Über die seit der hellenistischen Zeit bestehenden Gemeinden im östlichen Mittelmeerraum hinaus siedelten Juden nun in allen Teilen des Römischen Reiches, darunter auch in der Germania Romana, wo Kaiser Konstantin die Juden 321 und 331 in Köln durch Edikte zur Übernahme von Ämtern verpflichtete, Rabbiner und Synagogendiener aber davon ausnahm. In der Völkerwanderungszeit gingen die jüdischen Gemeinden in der Germania Romana unter. Neue Gemeinden entstanden erst wieder im frühen Mittelalter (10.–11. Jh.).
- In Folge des Auftretens Jesus von Nazareth entstand das Christentum zunächst als jüdische Sekte. In einem längeren Prozess trennten sich im

2. Jahrhundert beide Glaubensrichtungen und traten als Konkurrenten auf. Das Christentum, das sich als universelle Religion verstand und im 4. Jahrhundert zur Staatsreligion erklärt wurde, betrachtete sich als von Gott auserwählter Heilsträger, was in den folgenden Jahrhunderten eine latente Judenfeindschaft der Christen zur Folge hatte. Durch die Kirchenväter Augustinus und Gregor d. Gr. wurde den Juden ein Existenzrecht in der abendländischen christlichen Gesellschaft zugesprochen. Doch kam es wiederholt zu judenfeindlichen Anordnungen durch die Kirche.

Juden im Mittelalter

Leitgedanken:

Die Siedlungsgeschichte zeigt die transterritorialen Ausprägungen des Judentums in Europa (aschkenasisches und sephardisches Judentum). Auch wird durch sie deutlich, dass die jüdische Minderheit in Deutschland eine sehr lange Geschichte hat. Damit unterscheidet sie sich deutlich von anderen ethnischen oder religiösen Gruppen, die mitunter zum Vergleich herangezogen werden.
Die Beschäftigung mit den Juden im Mittelalter ist notwendig, um Schülerinnen und Schülern ein differenziertes historisches Bild zu vermitteln. Die Juden leisteten durch ihre Wirtschaftstätigkeit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der deutschen Städte. In zahlreichen Städten besaßen sie im Hochmittelalter Bürgerrechte, gehörten also nicht zu einer rechtlich ausgegrenzten Gruppe. Die Entstehung von Judenghettos ist ein Phänomen des 15. Jahrhunderts! Es gibt keine Kontinuitätslinie von der religiösen Verfolgung des Mittelalters bis hin zum Nationalsozialismus.

Anknüpfungspunkte für den Unterricht:

- Stadt im Mittelalter
- Lebensformen im Mittelalter
- Kreuzzüge und Kreuzfahrerstaaten
- Europa – Religion und Staat im Mittelalter

Im Unterricht sollten folgende grundlegende Inhalte vermittelt werden:

- Mit dem Untergang des weströmischen Reichs übernahm nach der Völkerwanderungszeit das Frankenreich im 6./7. Jahrhundert die Führungsposition im Abendland. Trotz der judenfeindlichen Vorgaben seit der Spätantike durch den römischen Staat und durch die römische Kirche basierte die abendländische Kultur neben dem antiken Erbe auch auf dem Judentum. Gleichzeitig eroberte der Islam große Teile des Mittelmeergebietes. Von Ausnahmen abgesehen, verhielt sich der Islam relativ tolerant gegenüber dem Judentum. Das sephardische Judentum (Sefarad = Spanien) erlebte sowohl in den islamischen als auch in den christlichen Staaten Spaniens eine kulturelle Blüte.
- Nach der Teilung des Frankenreichs entstanden im Ostreich, dem späteren Deutschland, seit dem 10. Jahrhundert jüdische Gemeinden an den Hauptverkehrsadern, dem Einzugsgebiet von Rhein, Main und Donau. Die Juden in Deutschland werden als aschkenasische Juden bezeichnet (Aschkenas = Deutschland bzw. Mitteleuropa). Durch ihre internationalen Handelsbeziehungen trugen sie zur Entwicklung der Städte in Deutschland bei.

- Juden lebten mehrere Jahrhunderte relativ unangefochten, auch keineswegs nur in untergeordneter Stellung, in der christlichen Gesellschaft, ehe Verfolgungen und Vertreibungen einsetzten.
- Die jüdischen Stadtgemeinden entwickelten eine eigene Infrastruktur mit Gerichtshöfen, Schulen, Synagogen, Friedhöfen und Ritualbädern sowie den entsprechenden Funktionsträgern und mit einer inneren Autonomie in kulturellen und rechtlichen Angelegenheiten. In Mainz und Worms entstanden Zentren jüdischer Gelehrsamkeit (Jeschiwot, Sing.: Jeschiwa), die sich gleichrangig neben den orientalischen jüdischen Religionszentren (in Galiläa und Mesopotamien) behaupteten.
- Mit der Erklärung der servitudo Judaeorum (Knechtschaft der Juden) versuchten die Päpste im 12./13. Jahrhundert die Juden der Kirche unterzuordnen. Gleichzeitig unterstellten die Kaiser die Juden ihrem besonderen Schutz, woraus sich die sogenannte Kammerknechtschaft entwickelte, da die Juden für diesen Schutz eine Sondersteuer an die kaiserliche Kammer entrichten mussten.
- Der christliche Antijudaismus verursachte zahlreiche Pogrome, von denen die Kreuzzugspogrome (~ 1100) und die Pestpogrome (1348 ff.) tiefe Einschnitte für das Judentum in Deutschland bedeuteten. Dabei mischten sich die religiösen mit sozialen Motiven und materiellen Interessen (wirtschaftliche Konkurrenz). Der Wuchervorwurf etablierte sich als hartnäckiges Vorurteil, obwohl es trotz des kirchlichen Zinsverbots auch christliche Geldverleiher gab. Der religiöse Fanatismus äußerte sich in Anschuldigungen von angeblichen Hostienschändungen sowie angeblichen Ritualmorden an christlichen Kindern durch Juden.
- Seit dem 15. Jahrhundert wurden die Juden immer stärker aus der Gesellschaft herausgedrängt und aus den meisten Reichsstädten und Territorien vertrieben. Jedoch kam es in Deutschland auf Grund der föderativen Struktur bzw. territorialen Zersplitterung im Gegensatz zu England, Frankreich und Spanien zu keiner generellen Vertreibung der Juden aus dem Reich. Nicht der Kaiser, sondern die Territorialherren bestimmten darüber, ob sie Juden in ihrem Land duldeten oder nicht. Nur in den wenigen den Juden verbliebenen Reichsstädten, so in Frankfurt/Main und Worms, bestimmte der Kaiser über das Niederlassungsrecht. Nach der Vertreibung der Juden aus den meisten Städten ging bis auf Frankfurt/Main, Worms und Prag die jüdische Stadt- und Gemeindestruktur unter.
- Seit dem Ende des 14. Jahrhunderts nahmen die Repressionen gegen Juden in Spanien zu. Etliche Juden konvertierten („Conversos"), meist aus Angst ihre Leben zu verlieren, und nahmen die christliche Religion an. Nach dem Sieg der Reconquista über die Muslime (1492) wurden die Juden vor die Wahl gestellt zum christlichen Glauben überzutreten oder das Land zu verlassen. Viele dieser sog. „Marranen" wanderten deshalb nach Amsterdam und Hamburg aus und kehrten dort zum Judentum zurück. In Distanz zum aschkenasischen Judentum behaupteten sie ihre eigene sephardische Kultur.

Juden in der Frühen Neuzeit und im Absolutismus

Leitgedanken:

Eine wichtige Aufgabe des Geschichtsunterrichts ist es, Schülerinnen und Schülern die Erkenntnis der Differenziertheit historischer Entwicklungen zu vermitteln. Die Vermittlung eines binnendifferenzierten Bildes der Jüdischen Gemeinden mit den Hofjuden an der Spitze und der Masse der mittellosen Juden in der breiten Unterschicht gibt die Möglichkeit, das Klischee vom reichen Juden zu hinterfragen. Eine enge Verbindung von jüdischer und allgemeiner Geschichte ist auch am Beispiel der Folgen von Luthers Antisemitismus und bei der Instrumentalisierung der Hofjuden durch die absolutistischen Landesherren für die Entmachtung der Stände möglich.

Anknüpfungspunkte für den Unterricht:

- Reformationszeit
- Religionspolitik im Absolutismus
- Hofjuden im Merkantilismus

Im Unterricht sollen folgende grundlegende Inhalte vermittelt werden:

- Im religiös erregten Zeitalter der Reformation entwickelt gerade Martin Luther eine ausgeprägte Judenfeindschaft. Hatte er in seinem Frühwerk die Bekehrung der Juden zum erneuerten Christentum erwartet, so forderte er später in seiner Schrift „Von den Juden und ihren Lügen"(1543) enttäuscht dazu auf, ihre Synagogen und Häuser zu verbrennen und ihren Rabbinern die Lehre zu verbieten. Die führende Persönlichkeit des damaligen Judentums, der Elsässer Josel von Rosheim, verfasste daraufhin eine Verteidigungsschrift gegen Luther. Es gab keine reichsweite Organisation der Juden, doch Josel von Rosheim wirkte auf den Reichstagen und bei Kaiser Karl V. erfolgreich als Fürsprecher der Juden.
- Unter dem Einfluss der lutherischen Lehre und der konfessionellen Streitigkeiten wurden im 16./17.Jahrhundert die Juden aus vielen protestantischen Staaten Deutschlands, aber auch aus manchen katholischen ganz vertrieben. Auf Veranlassung der Zünfte wiesen viele Städte unter religiösen Vorwänden Juden aus, so dass diese bis zum 19. Jahrhundert vorwiegend in Kleinstädten und Dörfern siedeln mussten.
- Selbst dort, wo Territorialherren Juden die Ansiedlung erlaubten, geschah dies aus wirtschaftlichen Überlegungen. War ursprünglich der Kaiser Schutz-

herr der Juden gewesen, so wurde dieses Privileg später an die Landesherren verpfändet, die ein rigides und einträgliches System des „Schutzjudentums“ etablierten. In Judenordnungen legten sie den Schutzjuden kollektiv hohe Geldzahlungen auf und beschränkten ihre Berufsausübung auf Geldleihe und Warenhandel. Die berüchtigte preußische Judenordnung von 1750 setzte sogar die Zahl der Juden im Lande für „immer“ fest.

- Seit dem 17. Jahrhundert entwickelte sich mit den „Hofjuden“ eine neue jüdische Oberschicht. Sie statteten die Fürsten des entstehenden Absolutismus mit Kapital, Heereslieferungen und Luxuswaren aus, wodurch diese von den Bewilligungen der Stände unabhängig wurden. Der Hass der Stände richtete sich deshalb gegen viele dieser Hofjuden, was z.B. Josef Süß Oppenheimer, Hoffaktor des Herzogs von Württemberg, in Stuttgart 1737 mit dem Leben bezahlen musste.
- Im Innern genossen die jüdischen Gemeinden Autonomie und regelten ihre religiösen und sozialen Angelegenheiten selbst. Sie waren stark hierarchisch strukturiert. An ihrer Spitze standen einzelne Hofjuden, die Fürsprecher der Gemeinden waren und für die kollektive Steuer hafteten. Auf eine schmale Mittelschicht folgte eine breite Unterschicht, die knapp das Lebensminimum erwerben konnte, und eine große Schar von Almosenempfängern. Viele Mittellose erhielten nirgendwo Niederlassungsrecht und zogen als Wanderbettler von Gemeinde zu Gemeinde.
- Die religiöse Praxis der Juden spielte sich nicht nur in der Synagoge, sondern vor allem im Haus ab. Entsprechend stark ist die Bedeutung der Familie. Die jüdischen Frauen sorgten für einen koscheren Haushalt, arbeiteten aber auch im Familiengeschäft mit, wie das Beispiel der Glikl von Hameln zeigt. In den Dörfern lebten Juden in nachbarschaftlichem Kontakt mit Christen, manchmal sogar im selben Haus, mit entsprechend engen Alltagsbeziehungen. Die meisten Familien ernährten sich von Hausier- und Viehhandel, von Pfandleihe und Kleinkrediten.
- Nach Zerstörung der traditionellen jüdischen Stadtgemeinschaften im Spätmittelalter entwickelten die Juden in Deutschland mit den Landjudenschaften eine neue Organisationsform.

Jüdische Aufklärung und Akkulturation

Leitgedanken:

Neue Räume ökonomischer, kultureller und sozialer Kommunikation lockerten die Bindungskraft bislang weitgehend nebeneinander existierender, vertikal strukturierter Gruppen. Es bildete sich die bürgerliche Gesellschaft aus der Emanzipation der Einzelnen und der Gruppen aus bisherigen Bindungen. Juden waren an diesem Vorgang maßgeblich beteiligt. Der Beitrag von Aufklärern aus dem Judentum ist nicht nur ein Beitrag zur Akkulturation der Juden, sondern ein Beitrag zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft. Notwendige Voraussetzung für ein geregeltes Miteinander unterschiedlicher Gruppen war das Toleranz-Konzept der Aufklärung, hervorgegangen aus der Einsicht in die Gleichheit aller Menschen.
Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass die genannten Entwicklungen von den jeweiligen Eliten getragen wurden. Hinsichtlich der Akkulturation und der Bemühungen um rechtliche Emanzipation von Juden ist auch die Wahrnehmung und Beurteilung dieses Prozesses aus der Sicht verschiedener Gruppen (Kirchen, Adel, Bürgertum, Wissenschaft usw.) und deren Konzepte zur Gestaltung der Gesellschaft einzubeziehen.

Anknüpfungspunkte für den Unterricht:

- Migrationen und Peuplierungen
- Bildung als Mittel der Akkulturation zur bürgerlichen Gesellschaft
- Aufklärung und die Reaktionen der verfassten Religionsgemeinschaften

Im Unterricht sollten folgende grundlegende Inhalte vermittelt werden:

- Die Auflösung der Ständegesellschaft eröffnete neue Wirtschafts-, Handels- und Kulturbeziehungen. Einen besonderen Anteil an dieser Öffnung hatten sozial aufgestiegene Juden, vor allem in Berlin.
- Die Stellung der überwiegenden Mehrheit der Juden allerdings war noch wirtschaftlich und rechtlich prekär. Sie unterlagen Berufsbeschränkungen. Am Beispiel Moses Mendelssohns lässt sich die Rechtsstellung der Juden darstellen. Sie waren im besten Falle Schutzjuden (ohne Bürgerrechte). Mendelssohn selbst erhielt erst 1763 einen eigenen Schutzbrief.
- Moses Mendelssohn (1729–1786) war die führende Gestalt der jüdischen Aufklärung („Haskala"). In Dessau noch traditionell jüdisch erzogen, ging er mit 14 Jahren nach Berlin, wurde dort von fortschrittlich gesinnten Juden gefördert und gewann durch seine literaturkritischen, ästhetischen und religionsphilosophischen Abhandlungen eine anerkannte Stellung innerhalb der Aufklärungsbewegung durch Kant – eine nicht nur für Juden, son-

dern auch für die entstehende bürgerliche Gesellschaft bedeutende Stellung. Gotthold Ephraim Lessing setzte dem jüdischen Freund mit seinem Drama „Nathan der Weise“ ein Denkmal.

- Mendelssohn setzte sich für die Öffnung des jüdischen Kulturkreises für Ideen der Aufklärung ein, forderte eine nicht allein von der Religion bestimmte Bildung der Jugend, sondern deren Ausbildung auch in „weltlichen“ Fächern und verlangte eine besondere Pflege der deutschen Sprache. Religiös blieb er orthodox. Von der Gesellschaft forderte er Toleranz und Fortschritte in der Emanzipation der Juden.
- Das Ziel der Haskala war Akkulturation, nicht Assimilation. Es ging sowohl darum, die jüdische Gesellschaft an Sprache und Kultur der Umwelt heranzuführen, als auch um ein den Anforderungen der Aufklärung genügendes Religionsverständnis. Ein Zeugnis dafür war Mendelssohns Übersetzung der „Thora“ (Pentateuch) ins Deutsche, die allerdings in hebräischen Buchstaben gedruckt erschien. Damit versuchte er einerseits den Text für ein der hebräischen Sprache sich entfremdendes jüdisches Publikum zu „retten“, anderseits eine bessere Kenntnis der deutschen Sprache zu fördern.
- Orte der Verbürgerlichung waren die Reformsynagogen (Neugestaltung des Gottesdienstes, auch in ästhetischer Hinsicht), die Reform-Schulen als zentral die Verbürgerlichung vermittelnde Instanzen und die Öffentlichkeit in Kultur und Handel.
- Nichtjüdische Aufklärer erkannten, dass die Emanzipation der Juden auch im Interesse der Gesellschaft und des Staates lag. Die Emanzipationsdebatte begann mit der von Mendelssohn angeregten Schrift von Christian Wilhelm Dohm „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“ (1781). Damit eröffnete dieser die Diskussion um die sogenannte Erziehungsemanzipation. Die Juden sollten sich in ihrer Sozialstruktur der Allgemeinheit anpassen und danach bürgerliche Gleichstellung erhalten
- In der offenen Situation der beginnenden Verbürgerlichung wurden unterschiedliche Konzepte, wie Juden Teil der Gesellschaft werden sollten, entwickelt. Auseinandersetzungen gab es einmal mit der von den Rabbinern vertretenen Tradition um die religiös bestimmte Disziplin in den Gemeinden, aber auch innerhalb der jüdischen Aufklärungsbewegung, die sich v.a. in Diskussionen um Formen des Gottesdienstes, Zielsetzungen der Schulen und den Umfang der Öffnung zur Umgebungsgesellschaft niederschlugen.
- Die Einschätzung der jüdischen Bestrebungen nach Akkulturation und Emanzipation war in der nichtjüdischen Diskussion breit gefächert: von der Erwartung einer völligen Assimilation, die zwar dem Individuum, aber nicht der Gruppe der Juden Rechte zuerkennen wollte (v. Knigge, Fichte), bis hin zur Anerkennung der Juden als Gruppe, die Teil der bürgerlichen Gesellschaft sein sollte.

Der lange Weg der Emanzipation der Juden im 19. Jahrhundert

Leitgedanken:

Das 19. Jahrhundert gilt als Geburtsstunde der Moderne. Bei den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen des 19. Jahrhunderts handelt es sich zugleich um ein europäisches Phänomen. Die Themen Emanzipation, Verbürgerlichung, Industrialisierung, Migration und Antisemitismus besitzen eine europäische Dimension, deren Behandlung für die europäische Integration von Relevanz ist. Weiterhin ist eine intensive Beschäftigung mit dem 19. Jahrhundert für ein Verständnis der Wirkung langlebiger Strukturen und Mentalitäten wichtig (z.B. die Entstehung des Rassismus und Antisemitismus als eine Wurzel der NS-Ideologie).
Die Kenntnis über die religiöse Differenzierung der Juden in Deutschland ist wichtig, um zu einer angemessenen Sichtweise des Judentums zu kommen. Damit soll einer verbreiteten Vorstellung von „den" Juden als einer in sich geschlossenen homogenen Minderheit entgegen gewirkt werden.
Fragen nach der Veränderung des religiösen Lebens der Juden durch den sozialen Aufstieg und die, wenn auch zähe, Integration in die Gesellschaft führen zu Fragen der Wahrung von Differenzen einer Minderheit in einer Mehrheitsgesellschaft im Allgemeinen. Der Vergleich zwischen den von außen an die Juden herangetragenen Anpassungserwartungen und den innerjüdischen „Anpassungsdiskursen" vermag aufschlussreiche Parallelen zu heutigen Diskussionen zu liefern.

Anknüpfungspunkte für den Unterricht:

- Französische Revolution
- Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft
- 1848er Revolution
- Reichsgründung, Industrialisierung im europäischen Vergleich
- Nationalismus und Rassismus im Kaiserreich

Im Unterricht sollten folgende grundlegende Inhalte vermittelt werden:

- Im revolutionären Frankreich wurden Juden 1791 zu gleichberechtigten Staatsbürgern erklärt. Die revolutionäre Gesetzgebung konnte auch in den von Napoleon beherrschten deutschen Modellstaaten wie dem Königreich Westfalen Fuß fassen. Dazu gehörte die Judenemanzipation. Die Regelungen auf dem Wiener Kongress stellten den alten rechtlichen Zustand in denjenigen deutschen Ländern wieder her, denen das neue französische Recht aus Sicht der deutschen Fürsten „oktroyiert" worden war. Jüdische Patrioten, die als

Freiwillige in den Krieg gegen Napoleon gezogen waren, trugen unfreiwillig dazu bei, die errungenen Rechte wieder abzuschaffen.

- Die jüdische Emanzipation in den deutschen Staaten war ein Prozess, der sich über 1 Jahrhundert hinzog. Das 1812 erlassene preußische Judenedikt erklärte Juden zwar zu Staatsbürgern, schloss sie aber immer noch beispielsweise vom Beamtenstand aus. Einen zwischenzeitlichen Erfolg bedeutete die Formulierung der Grundrechte, wie sie auf Betreiben des jüdischen Juristen Gabriel Riesser (1806–1863) in der Deutschen Nationalversammlung angenommen wurde. Danach wurden die Grundrechte allen Deutschen ohne Ansehen ihrer religiösen Zugehörigkeit gewährt. Nach Auflösung der Nationalversammlung wurden die dort geforderten Gleichheitsgrundsätze seit den 1860er Jahren in einzelnen Bundesstaaten eingeführt. Die endgültige rechtliche Gleichstellung wurde erst in der Reichsverfassung von 1871 vollendet.
- Die rechtliche Emanzipation war einerseits abhängig gemacht worden von der sozialen Integration; andererseits war die rechtliche Gleichstellung in vielen Fällen die Voraussetzung zur sozialen Integration. So war der Prozess der Emanzipation ein von vielen Widersprüchen begleiteter, nicht gradliniger und langsamer Vorgang. Selbst die erreichten Verfassungsrechte wurden oft durch die Verwaltung ausgehöhlt. Von Führungspositionen in Universitäten, Justiz und Armee wurden Juden weiterhin möglichst ferngehalten.
- Die deutschen Juden erlebten im 19. Jahrhundert einen starken sozialen Aufstieg ins Bürgertum. Ermöglicht wurde dies durch die rechtliche Emanzipation, das große Bildungsstreben der Juden und die Chancen, die die Industrielle Revolution jüdischen Kaufleuten und Unternehmern eröffnete.
- Juden gehörten zu der Kerngruppe der neuen wirtschafts- und bildungsbürgerlichen Schicht seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Ihr Erfolg lässt sich daran bemessen, dass ein Drittel der deutschen Nobelpreisträger aus einem jüdischen Elternhaus kam. Die Bedeutung der Juden für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands war enorm. Als Unternehmer waren sie im Handel, in der Chemie- und Elektroindustrie, bei der Entwicklung großer Warenhäuser, im Konfektionsgeschäft und im Zeitungs- und Verlagswesen erfolgreich. Ebenso erfolgreich waren sie als Bankiers im Modernisierungsprozess der Finanzwirtschaft. Als vermögende Bildungsbürger engagierten sie sich als Mäzene oder als aktiv Schaffende für Kultur und Kunst, Literatur und Wissenschaft.
- Nach antijüdischen Strömungen im Vormärz entstand in den siebziger Jahren eine antisemitische Bewegung von bisher unbekannter Stärke, die sich gerade auch im Bürgertum verbreitete und die Emanzipation der Juden rückgängig machen wollte. Wilhelm Marr verbreitete ab 1879 den Ausdruck „An-

tisemitismus“, Rassenideologen behaupteten die Minderwertigkeit der Juden, und die Bewegung organisierte sich in Antisemitenparteien, die Abgeordnete in den Reichstag entsandten. Dieser organisierte Antisemitismus veranlasste die deutschen Juden 1893 zur Gründung eines Abwehrvereins, des „Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“.

Die jüdische Gemeinschaft entwickelte sich in Deutschland im 19. Jahrhundert religiös, politisch und sozial sehr divergent. Als neue religiöse Richtung entstand in scharfer Auseinandersetzung mit der Orthodoxie das liberale Judentum, dem die Mehrheit der Juden angehörte. Viele allerdings definierten ihr Judentum gar nicht mehr religiös.

- Eine neue Form jüdischer Identität ermöglichte der Zionismus. Er warb für den Zusammenschluss der Juden in einer jüdischen Nationalbewegung mit dem politischen Ziel, einen jüdischen Nationalstaat in Palästina zu gründen. Ihm schloss sich Ende des 19. Jahrhunderts jedoch nur eine kleine Minderheit der deutschen Juden an. Öffentlich bekannt wurde der Zionismus vor allem durch das 1896 von Theodor Herzl (1860–1904) veröffentlichte Buch „Der Judenstaat“.
- Durch die Pogrome und die wirtschaftliche Not im Zarenreich veranlasst, emigrierten ab 1880 zwei Millionen meist armer Juden aus Osteuropa in die USA. Bis 1910 blieben etwa 80.000 Auswanderer in Deutschland und bildeten hier mehrheitlich ein jüdisches Proletariat.

Juden im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik

Leitgedanken:

Hatten die meisten Juden bei Ausbruch des Krieges die allgemeine Kriegsbegeisterung geteilt, so trug die „Judenzählung" 1916 wie kein anderer Akt des Regimes dazu bei, die Juden zu entfremden und an ihren Status als Stiefkinder der bürgerlichen Gesellschaft zu erinnern. Dies sollte zum Anlass genommen werden, Ausmaß und Erfolg, aber auch Grenzen der Integration der jüdischen Minderheit in die Mehrheitsgesellschaft differenziert zu diskutieren und zu bilanzieren.
Juden hatten einen erheblichen Anteil an der kulturellen Blüte und den wissenschaftlichen Leistungen im deutschsprachigen Kulturbereich. Gerade zu diesem Thema bietet es sich an, sinnvolle fächerübergreifende Unterrichtsprojekte zu realisieren.
Für den politikgeschichtlichen Bereich sollte deutlich werden, dass der Einfluss der Juden in der deutschen Politik kaum der Rede wert war und dass die Abwehr des Antisemitismus gerade daran scheiterte, dass dieser nicht aus der Mitte der Gesellschaft bekämpft wurde.

Anknüpfungspunkte für den Unterricht:

- Kriegsalltag
- Novemberrevolution und Konstituierung der Republik
- Mentalitäten – antidemokratisches Denken und Antisemitismus
- Die „Goldenen Zwanziger"

Im Unterricht sollten folgende grundlegende Inhalte vermittelt werden:

- 1914 unterschied sich die Kriegsbegeisterung deutscher Juden kaum von der ihrer nichtjüdischen Landsleute. Die vom Kriegsministerium 1916 durchgeführte, aber nicht veröffentlichte Erhebung über die jüdische Beteiligung am Frontdienst („Judenzählung") stellte die Juden pauschal unter Verdacht und verstärkte antisemitische Vorurteile.
- Migration und Krieg veränderten die Zusammensetzung der sozialen, ökonomischen und ethnischen Struktur der jüdischen Bevölkerung in Deutschland. Zwischen 1914 und 1918 verdoppelte sich nahezu die Anzahl der „Ostjuden". Zu den 90.000 ausländischen Juden, die bei Ausbruch des Krieges bereits in Deutschland waren, kamen 35.000 Kriegsarbeiter, viele von ihnen zwangsrekrutiert, und weitere 35.000 jüdische Kriegsgefangene und zivile Internierte.
- Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung stand der Revolution 1918/19 zunächst distanziert gegenüber, die freiheitliche und demokratische Weimarer

Republik aber wurde von der überwältigenden Mehrheit der Juden begrüßt und unterstützt.

- Während des Ersten Weltkrieges und insbesondere danach kam es zu einer Radikalisierung des Antisemitismus. Die sogenannte „Dolchstoßlegende“ und die Ermordung des Außenministers Walter Rathenau 1922 stehen exemplarisch für diese Entwicklung.
- Die jüdische Bevölkerung entwickelte bereits frühzeitig ein Krisenbewusstsein hinsichtlich der aufziehenden Bedrohung der Weimarer Demokratie. Die Abwehr des Antisemitismus scheiterte, da es keine hinreichend starken und engagierten Bündnispartner der Juden in der Gesellschaft gab.
- Wissenschaft und Kunst im deutschsprachigen Kulturbereich sind ohne die Leistung der deutschen Juden nicht vorstellbar und verständlich, vor allem für die Zeit der Weimarer Republik. Leo Baeck verglich die Teilhabe von Juden an der deutschen Kultur mit den Höhepunkten der jüdischen „Kultur-Assimilation“ in hellenistischer Zeit und im „Goldenen Zeitalter“ Spaniens.
  Aber auch Wien und Prag bildeten bedeutende Zentren jüdischen Geistes- und Kulturlebens. Fünf der neun Nobelpreise, die in diesen Jahren an Naturwissenschaftler vergeben wurden, fielen an Juden (Albert Einstein, James Franck, Gustav Hertz, Otto Meyerhof, Otto Heinrich Warburg).
  Eine kurze Aufzählung bedeutender Personen wird zwar nicht der großen Mannigfaltigkeit der Leistung in Wissenschaft und Kunst gerecht, vermittelt aber bereits eine Vorstellung von ihr (Sigmund Freud – Psychologie, Albert Einstein – Physik, Max Liebermann – Malerei, Franz Kafka – Literatur, Else Lasker-Schüler – Literatur, Arnold Schönberg – Musik, Max Reinhardt – Theater, Fritz Lang – Film, Vertreter der „Frankfurter Schule“ wie Theodor W. Adorno – Soziologie, Alfred Kerr – Theaterkritik und zahlreiche andere). Verfolgung, Vertreibung und Ermordung der Juden im Nationalsozialismus bedeuteten auch einen kulturellen Verlust, der bis heute in Deutschland spürbar ist.

Verfolgung und Selbstbehauptung im Nationalsozialismus

Leitgedanken:

Es ist notwendig, mit den Lernenden den Prozess der Ausgrenzung, Verfolgung, Ausplünderung, Vertreibung und Ermordung der Juden im Kontext der Geschichte des Nationalsozialismus zu erarbeiten. Zu fragen ist, warum Antisemitismus und Rassismus als Regierungspolitik kaum auf Widerstand stießen und warum es zur Mithilfe so vieler bei den Verbrechen kam. Verfolgung und Vernichtung dürfen nicht nur als Werk Hitlers und seiner Partei und Regierung dargestellt werden, sondern müssen gezeigt werden als ermöglicht von vielen Mithelfern und passiven Zuschauern (Täter–Opfer–Zuschauer). Die europäische Dimension der Vernichtungspolitik und die Rolle der Wehrmacht rücken mit Kriegsbeginn in den Mittelpunkt der Betrachtung. In Berücksichtigung der Herkunftsländer von Migranten, kann die Situation dieser Staaten im NS und/oder die dortige Aufnahme jüdischer Flüchtlinge thematisiert werden.
Auf der anderen Seite ist es angesichts der massiven Verfolgung von besonderer Bedeutung, Juden nicht nur als passive Opfer zu zeigen, sondern ihr Bemühen um Selbstorganisation, Selbstbehauptung und Widerstand in verschiedenen Ländern zu vermitteln (Perspektivwechsel). Hierzu sind vor allem lebensgeschichtliche Quellen – gerade auch von ehemals Jugendlichen – geeignet.
Pädagogisch wichtig ist es, die Handlungsspielräume von Verfolgten, ihrer Retter, aber auch derer, die nicht geholfen haben zu thematisieren. Emigration und Flucht müssen als begrenzte Möglichkeiten der Selbstrettung verdeutlicht werden. Im Unterricht kann erprobt werden, ob es sinnvoll ist, die Reaktion der Juden auf jeden Verfolgungsschritt zu reflektieren, oder ob eine spezielle thematische Einheit dazu zu bevorzugen ist.
Unterricht zum Thema Verfolgung und Selbstbehauptung der Juden im NS ist besonders angelegt auf gemeinsames Erarbeiten aus Quellen und auf Wertevermittlung ohne Moralisieren. Die Analyse von Handlungsspielräumen unter der Diktatur ermöglicht die Einschätzung fremder und eigener Handlungsmöglichkeiten in der Geschichte und vermittelt historisches Bewusstsein.

Anknüpfungspunkte für den Unterricht:

- NS-Rassenideologie als Regierungsprogramm
- Ausbau der totalitären Diktatur – Stationen der Judenverfolgung vor und nach 1939
- Reaktionen der Juden in Deutschland und in Europa
- Völkermord – Spielräume der Judenrettung

Im Unterricht sollten folgende grundlegende Inhalte vermittelt werden:

- Antisemitismus und Rassismus waren elementare Bestandteile der NS–Ideologie und des Parteiprogramms. Sie wurden 1933 zum Prinzip der Regierungspolitik erhoben.
- Die Rückgängigmachung der Judenemanzipation wurde stufenweise vollzogen. 1933 begann der wirtschaftliche Boykott (1. April) und der berufliche Ausschluss der Juden (Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums). Ein Widerstand der Bevölkerung blieb aus.
- Die Nürnberger Gesetze von 1935 dienten der rassistischen Ausgrenzung der Juden und der Aberkennung der Reichsbürgerschaft.
- Novemberpogrom 1938: Zerstörungen von Synagogen und Geschäften, Verhaftung von 30.000 Juden, Einweisung in Konzentrationslager. Reaktion der Bevölkerung. Ausschluss der jüdischen Schüler aus öffentlichen Schulen.
- Ausweitung der systematischen Verfolgung und späteren Ermordung auf Sinti und Roma, Homosexuelle und Zeugen Jehovas schon vor 1939. Beginn der Krankenmorde (Euthanasie) 1940.
- Schnelle Radikalisierung der Judenverfolgung im Reich 1938-1941: Völliges Berufsverbot und Zwangsarbeit, Ausplünderung durch Vermögenssperrung, Einweisung in „Judenhäuser“, Einführung des Judensterns im September 1941 (in Polen schon 1939), Beginn der Deportationen am 17. Oktober 1941. Untertauchen von Juden in die Illegalität.
- Seit Kriegsbeginn 1939 Ausweitung der Judenverfolgung auf alle besetzten Länder Europas: Morde der Einsatzgruppen, Errichtung von Ghettos und Vernichtungslagern in Osteuropa. Bewaffneter Widerstand von jüdischen Partisanen. Wannsee Konferenz im Januar 1942 zur Organisierung des Massenmordes. Lebensschicksale ermordeter und überlebender Juden in den Ländern Europas.

Der notwendige Perspektivwechsel sollte vor allem anhand folgender Themen vollzogen werden:

- Formen der jüdischen Selbsthilfe und Selbstbehauptung am Beispiel der Gründung der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933 mit Abteilungen für Schulen, Ausbildung, Auswanderung und Wohlfahrt. Es gab ferner Organisationen wie den Kulturbund Deutscher Juden, jüdische Jugendverbände und das zionistische Jugendwerk zur Ausbildung in der Landwirtschaft.
- Flucht und Emigration von Juden aus Deutschland, beginnend 1933. Bis 1941 konnten etwa 60 Prozent der deutschen Juden auswandern, vor allem nach

USA, England und Palästina. Biographische Zeugnisse zeigen die enormen Schwierigkeiten bei der Erlangung von Visen und die weitgehende Ausplünderung der Emigranten vor der Abreise.

- Die fortschreitende Diskriminierung von Juden in der Öffentlichkeit lässt sich am Beispiel von Berichten jüdischer Schüler aus öffentlichen Schulen vermitteln: Verhalten von Lehrern und Mitschülern. Projektvorschlag: jüdische Schüler an unserer Schule nach 1933.
- Widerstand konnten Juden in Deutschland nur individuell leisten durch Flucht, Untertauchen oder die Annahme einer falschen Identität, wozu sie immer Helfer benötigten. Doch zahlreiche Emigranten kämpften in der amerikanischen und britischen Armee, und vor allem in Polen und Frankreich gab es bewaffnete jüdische Partisanen. Zur Veranschaulichung des Widerstandes eignet sich der verzweifelte Ghettoaufstand in Warschau 1943.
- Pädagogisch zu empfehlen ist es, nicht mit dem Völkermord zu enden, sondern abschließend Retter von Juden und ihre Entscheidung zu thematisieren als Beispiel für Handlungsmöglichkeiten und Widerstand in einer Diktatur. Die Beispiele reichen von der Rettung Ruth Klügers bei der Selektion in Auschwitz durch eine Gefangene über das Leben Reich-Ranickis im polnischen Versteck bis zur Rettung der dänischen Juden nach Schweden 1943.

Juden in Deutschland nach 1945

Leitgedanken:

Es ist didaktisch wichtig, Schüler für die Situation der heute in Deutschland lebenden Juden und für ihr Selbstverständnis zu sensibilisieren, damit sie Juden nicht nur als NS-Opfer wahrnehmen. Dabei ist herauszustellen, dass es nach dem Holocaust, dem größten Einschnitt in der jüdischen Geschichte, eine Kontinuität des früheren deutschen Judentums nicht geben konnte. Es ist vielmehr erstaunlich, dass sich nach 1945 überhaupt wieder Juden in Deutschland niederließen, für sie „das Land aus dem die Mörder kamen", denn hier gab es für sie wenig Normalität, weil sie ständig mit der Vergangenheit konfrontiert waren. Bei diesem zeitgenössischen Thema ist es sinnvoll das Gespräch mit jüdischen Zeitzeugen und jüdischen Einwanderern verschiedener Generationen zu suchen.
Die Formen des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten intensiviert. Diese Gedenkkultur manifestiert sich u.a. in Denkmälern, Gedenkstätten und Museen. Der Besuch dieser Orte kann zur Auseinandersetzung mit Formen der Erinnerungen führen.

Anknüpfungspunkte für den Unterricht:

- Bilanz des Zweiten Weltkriegs
- Umgang mit NS-Vergangenheit und historische Verantwortung
- Alltagserfahrungen in beiden deutschen Staaten
- Migration

Im Unterricht sollten folgende grundlegende Inhalte vermittelt werden:

- Die ersten jüdischen Gemeinden nach dem Krieg entstanden aus zwei ganz unterschiedlichen Wurzeln: aus den wenigen überlebenden deutschen Juden, die oft mit Nichtjuden verheiratet waren, und aus der Gruppe der aus Osteuropa geflohenen Überlebenden, den sogenannten Displaced Persons, die später bis auf etwa 20.000 nach den USA und nach Palästina weiterwanderten. Zu diesen beiden Gruppen kamen ab 1950 Juden, die vor den Nazis aus Deutschland geflohen waren und als Remigranten zurückkehrten. Sie machten nur etwa fünf Prozent der ursprünglichen Emigranten aus, doch waren unter ihnen bekannte Wissenschaftler und Künstler.

  Diese drei Gruppen trafen in der deutschen Gesellschaft oft auf einen fortbestehenden, nur wenig verborgenen Antisemitismus. Gleichzeitig beschloss die Regierung der jungen Bundesrepublik, die an demokratischer Legitimation interessiert war, entsprechend internationalen Erwartungen 1952 jüdi-

sche Opfer materiell zu entschädigen („Wiedergutmachungsgesetze"). Laut einer Umfrage wurde diese Entschädigung von 44 Prozent der Bevölkerung abgelehnt.

- Die Juden in der BRD lebten oft physisch und psychisch gebrochen in Zurückgezogenheit von ihrer Umwelt und glaubten noch Jahrzehnte lang, dass sie Deutschland bald verlassen würden. Sie verstanden sich nicht als „deutsche Juden", sondern als „Juden in Deutschland". 1950 wurde die Gesamtvertretung dementsprechend mit dem Namen „Zentralrat der Juden in Deutschland" gegründet. Der Zionismus und Israel spielten in den jüdischen Gemeinden lange die Rolle einer Ersatzidentität. Erst in der dritten Generation und unter dem Einfluss der Einwanderer aus der GUS seit den frühen 1990er Jahren zeigt sich die Bereitschaft, in Deutschland zu bleiben und eine wachsende Teilnahme am öffentlichen Leben.
- In die DDR kehrten überwiegend jüdische Kommunisten zurück, die am Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft mitwirken wollten. Sie spielten in Politik und Kultur der DDR eine nicht unwesentliche Rolle, verstanden sich aber zumeist nicht als Juden und wurden nur selten Mitglieder der jüdischen Gemeinden. Während der antisemitischen Agitation gegen „Kosmopoliten" 1953 flüchteten viele der Gemeindemitglieder nach Westen, so dass die Gemeinden 1989 insgesamt nur noch 400, meist alte Mitglieder, hatten, während in der BRD etwa 30.000 Juden den Gemeinden angehörten.
- Einen Beschluss der frei gewählten DDR Regierung von 1990 aufnehmend, ermöglichte die BRD Juden aus den GUS-Staaten die Einwanderung. Diese brachten oft nichtjüdische Ehepartner mit und waren fast immer durch die antireligiöse Politik der Sowjetunion dem Judentum entfremdet. Das erschwerte zusammen mit der Sprachbarriere ihre Integration in die jüdischen Gemeinden, die sich oft völlig überfordert sahen. Die Einwanderer aus den GUS Staaten machen heute über drei Viertel der jüdischen Gemeindemitglieder aus. Insgesamt hat sich die Zahl der Juden in den Gemeinden durch die Einwanderung auf etwa 120.000 fast vervierfacht
- Das politische Verhältnis der Bundesrepublik zu Israel ist von dem Prinzip der besonderen historischen Verantwortung der Deutschen aufgrund der Shoah bestimmt. Die BRD sieht sich als Garant des Existenzrechtes Israels. Dies schließt jedoch nicht die Möglichkeit der Kritik an der Politik der jeweiligen israelischen Regierung aus. Seit dem Abkommen von Luxemburg 1952, das Israel eine pauschale Entschädigung zusprach, die zum Aufbau des Landes beitrug, besteht eine Basis der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Diese Kooperation ist nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche und kulturelle.

Das Leo Baeck Programm „Jüdisches Leben in Deutschland – Schule und Fortbildung“

Das nach dem bekanntesten Vertreter des liberalen deutschen Judentums benannte Leo Baeck Programm besteht seit Ende 2005 und ging auf eine gemeinsame Initiative der Freunde und Förderer des Leo Baeck Instituts e.V., der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ sowie der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung zurück. Seit 2011 wird das Programm partnerschaftlich von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und der Kommission für die Verbreitung deutsch-jüdischer Geschichte fortgeführt.

Was ist der Zweck des Programms?

Das Leo Baeck Programm unterstützt Projekte, die einen integrativen Ansatz verfolgen: Jüdische Geschichte soll als integraler Bestandteil der deutschen Geschichte vermittelt und begriffen werden. Inhaltlich widmet sich das Leo Baeck Programm dem in der Orientierungshilfe formulierten Perspektivwechsel.

Deutsch-jüdische Geschichte soll im Unterricht nicht mehr ausschließlich aus der Opfergeschichte im Kontext des Holocaust wahr genommen werden, der aktive Beitrag vieler Juden zur kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands soll in die Betrachtung einbezogen werden. Ziel des Förderprogramms ist es daher jüdisches Leben in Deutschland in seiner Ambivalenz zwischen Erfolg und Verfolgung für den Schulunterricht vermittelbar zu machen. Elementar ist ebenfalls der Blick auf die heutige Situation und Lebenswelt jüdischer Menschen in Deutschland.

Wer und was wird gefördert?

Vom Leo Baeck Programm gefördert werden unter anderem Lehrerfortbildungsinitiativen, Akademien, Geschichtswerkstätten, Schulen, Universitäten, Museen oder andere Bildungs- und Kultureinrichtungen.

Es können eingereicht werden: Einzel- und Gruppenprojekte, die Impulse für den Perspektivwechsel in der Lehrerfortbildung und im Schulunterricht geben.

Verfahren

Projektanträge werden in einem jurierten Verfahren begutachtet. Die Ausschreibungen erfolgen zwei Mal im Jahr. Vorhaben können mit bis 6.000 Euro gefördert werden. Die Einbeziehung von Eigen- und Drittmittel ist erwünscht.

Das Leo Baeck Programm selbst hat das Pilotprojekt zu einem der bedeutendsten Parlamentarier der Paulskirchenversammlung, Gabriel Riesser, umgesetzt, das unter www.gabrielriesser.de abzurufen ist. Fernerhin gibt es, in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung, eine Übersicht zu den Schulunterricht ergänzende Materialien zur deutsch-jüdischen Geschichte unter www.bpb.de/deutschjuedischegeschichte.

Kontakt und Informationen

Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“
Leonore Martin, Programmleiterin
Lindenstr. 20–25
10969 Berlin
Tel.: +49 (0)30 259 297-45
Fax: +49 (0)30 259 297-11
E-Mail: martin@stiftung-evz.de

Literatur

Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit hrsg. im Auftrag des Leo Baeck Instituts von Michael A. Meyer unter Mitwirkung von Michael Brenner, 4 Bände, München 1996/97

Deutsch-jüdische Geschichte, Quellen zur Geschichte und Politik, hrsg. vom Arbeitskreis des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands „Deutsch-jüdische Geschichte im Unterricht“, Stuttgart/Leipzig 2007

Herzig, Arno / Rademacher, Cay (Hrsg.), Die Geschichte der Juden in Deutschland, Hamburg 2007

Herzig, Arno, Jüdische Geschichte in Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Auflage, München 2002

Jüdisches Leben in Deutschland, Informationen zur politischen Bildung 307, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2/2010

Kaplan, Marion (Hrsg.), Geschichte des jüdischen Alltags in Deutschland, München 2003

Reinke, Andreas, Geschichte der Juden. 1781 – 1933, Darmstadt 2007

Richarz, Monika (Hrsg.), Bürger auf Widerruf. Lebenszeugnisse deutsche Juden: 1780-1945, München 1989

Volkov, Shulamit, Die Juden in Deutschland 1780-1918, München 1994

Zimmermann, Moshe, Die deutschen Juden 1914 – 1945, München 1997

Internet

Deutsch-jüdische Geschichte im Unterricht

www.bpb.de/deutsch_jüdische_Geschichte_im_Unterricht.html

Datenbank für Unterrichtsmaterial:
Eine gemeinsame Initiative des Leo Baeck Programms „Jüdisches Leben in Deutschland – Schule und Fortbildung“ und der Bundeszentrale für Politische Bildung.

www.gabrielriesser.de

Exemplarisches Projekt des Leo Baeck Programms „Jüdisches Leben in Deutschland – Schule und Fortbildung“ zu den Themen Judentum, Emanzipation, Bürgerrechte sowie dem Leben und Wirken des jüdischen Abgeordneten Gabriel Riesser in der Frankfurter Paulskirchenversammlung.

www.juedischegeschichte.de

Homepage der AG Jüdische Geschichte im Verband der Geschichtslehrer Deutschlands; enthält zahlreiche Hinweise auf Materialien und Rezensionen.

www.vor-dem-holocaust.de

Dokumentation deutsch-jüdischen Lebens vor 1933 mit zahlreichen Fotos.

www.chotzen.de

Dokumentation zur Geschichte des deutsch-jüdischen Familie Chotzen zwischen 1914 und 2006.

www.pz-ffm.de/89.htlm

Das Pädagogische Zentrum Fritz Bauer Institut & Jüdisches Museum veröffentlicht regelmäßig ein Stichwort des Monats zur jüdischen Geschichte mit weiterführenden Literaturhinweisen.

Wichtige Museen und Bildungseinichtungen zur jüdischen Geschichte in Deutschland

Jüdisches Museum Berlin, Lindenstraße 9-14, 10969 Berlin
Info: 030 / 25993-300; Fax: 030 / 25993-409
E-Mail: info@jmberlin.de; www.jmberlin.de

Jüdisches Museum Frankfurt, Untermainkai 14/15, 60311 Frankfurt am Main
Museum Judengasse, Kurt-Schumacher-Str. 10, 60311 Frankfurt am Main
Tel.: 069/ 212 35000 ; Fax: 069/ 212 30705
E-Mail: info@juedischesmuseum.de; www.juedischesmuseum.de

Jüdisches Museum München, Sankt-Jakobs-Platz 16, 80331 München
Tel.: 089 / 233 96096, Fax: 089 / 233 989 96 096
E-Mail: juedisches.museum@muenchen.de;
www.juedisches-museum-muenchen.de

Jüdisches Museum Franken - Fürth & Schnaittach, Nürnberger Straße 3, 90762 Fürth
Tel.: 0911 / 77 05 77; Fax: 0911 / 7 41 78 96
E-Mail: info@juedisches-museum.org; www.juedisches-museum.org

Jüdisches Kulturmuseum Augsburg Schwaben, Haldernstraße 6–8; 86150 Augsburg
Tel.: 0821 / 51 36 58; Fax: 0821 / 51 36 26
E-Mail: office@jkmas.de ; www.jkmas.de

Jüdisches Museum / Dr. Bamberger-Haus, Prinzessinstraße 7–8, 24768 Rendsburg
Tel.: 04331/25262; Fax: 04331/24714
E-Mail: info@jmrd.de
www.schloss-gottorf.de/juedisches-museum

Schloss Großlaupheim Museum zur Geschichte von Christen und Juden
Kirchberg 11, 88471 Laupheim, Tel.: 07392-96800-0
E-Mail: museum-laupheim@t-online.de; www.laupheim.de/body_museum.html

Stiftung „Neue Synagoge Berlin- Centrum Judaicum“,
Oranienburger Straße 28/30, 10117 Berlin, Tel.: 030/88028-451; Fax: 030/2821176
E-Mail: office@cjudaicum.de; www.cjudaicum.de

Jüdisches Museum Westfalen, Julius-Ambrunn-Straße 1, 46282 Dorsten
Tel.: 02362/45279; Fax: 02362/45386
E-Mail: info@jmw-dorsten.de;
http://www.jmw-dorsten.de

Jüdisches Museum im Raschi-Haus Worms, Hintere Judengasse 6, 67547 Worms
Tel.: 062 41 / 853-4701 und -4707; Fax: 062 41 / 853-4710
E-Mail: stadtarchiv@worms.de; www.worms.de/wDeutsch/tourismus/museen/raschi_haus.php?navid=42

Pädagogisches Zentrum des Fritz Bauer Instituts und Jüdischen Museum Frankfurt
Seckbächer Gasse 14, 60311 Frankfurt am Main, Tel. 069 / 212 74237
E-Mail: info@pz-ffm.de; www.pz-ffm.de

Haus der Wannsee-Konferenz - Gedenk- und Bildungsstätte –
Am Großen Wannsee 56-58, 14109 Berlin
Tel.: 030 / 805 0 01-0; Fax: 030 / 805 001-27
E-Mail: info@ghwk.de; www.ghwk.de/

Bibliothek der GERMANIA JUDAICA, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln
Tel.: 0221 / 232 349; Fax: 0221 / 240 696 3
E-Mail: gj@ub.uni-koeln.de; www.stbib-koeln.de/judaica/

Alte Synagoge Essen, Steeler Str. 29, 45127 Essen
Tel.: 0201/ 884 521 8; Fax: 0201 / 884 522 5
E-Mail: info@alte-synagoge.essen.de; www.essen.de/kultur/synagoge/

Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur e.V. an der Universität Leipzig, Goldschmidtstraße 28, 04103 Leipzig
Tel.: +49 (0)341 / 217 355 0; Fax +49 (0)341 / 217 35 55
E-Mail: info@dubnow.de

Abteilung für Jüdische Geschichte und Kultur am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München, Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München

Moses Mendelssohn Zentrum, Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam
Tel.: 0331 / 280 94-0; Fax: 0331 / 280 94-50
E-Mail: moses@mmz.uni-potsdam.de; www.mmz-postdam.de

Salomon Ludwig Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte an der Universität Duisburg-Essen Edmund-Körner-Platz 2 / Steeler Straße 29, 45127 Essen
Tel.: 0201 / 206 443 4
E-Mail: steinheim@steinheim-institut.org; www.steinheim-institut.de

Fritz Bauer Institut, Studien- und Dokumentationszentrum
zur Geschichte und Wirkung des Holocaust Johann Wolfgang Goethe-Universität
Campus Westend IG Farben-Haus, Grüneburgplatz 1, 60323 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 798 322-40; Fax: 0 69 / 798 322-41
E-Mail: info@fritz-bauer-institut.de; www.fritz-bauer-institut.de

Institut für die Geschichte der deutschen Juden, Beim Schlump 83, 20144 Hamburg
Tel.: 040 / 428 38-2617; E-Mail: IGdJ@public.uni-hamburg,de; www.igdj-hh.de

Moses Mendelssohn Akademie, Rosenwinkel 18, 38820 Halberstadt
Tel.: 03941/ 606 710
E-Mail: mma-halberstadt@t-online.de; www.moses-mendelssohn-akademie.de

Der Druck dieser Publikation wurde

Impressum

© 2003 Freunde und Förderer des Leo Baeck Instituts e.V.
Frankfurt am Main

2009 unveränderter Nachdruck
2011 2. erweiterte und aktualisierte Fassung

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Ein Belegexemplar wird erbeten.

V.i.S.d.P.: Dr. Schimon Staszewski
Herstellung: VAS – Verlag · AG Agentur für Gestaltung
Ludwigstr. 12d, 61348 Bad Homburg v.d.H.

Bei der Behandlung deutsch-jüdischer Geschichte im Schulbereich besteht nach wie vor ein bedauerliches Defizit. Während deutsch-jüdische Geschichte in Hochschule und Wissenschaft inzwischen ihren festen Platz gefunden hat, wird sie in der Schule, in Lehrplänen, Schulbüchern und im Unterricht – von Ausnahmen abgesehen – weiterhin sehr unvollständig und einseitig behandelt. Juden erscheinen zumeist nur als Objekte, Verfolgte und Opfer des Holocaust. Das Positive und die aktive Rolle der Juden in der langen deutsch-jüdischen Geschichte bleiben vielfach ausgeblendet.

Das Leo Baeck Institut (Jerusalem/London/New York) ist 1955 vom Council of Jews from Germany ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, die wissenschaftliche Forschung aus dem Gebiet der Geschichte der Juden in Deutschland und anderen deutschsprachigen Gebieten seit der Zeit der Aufklärung zu betreiben, das dazu notwendige Material zu sammeln und die Veröffentlichung entsprechender Darstellungen zu fördern. Das Institut trägt den Namen des Mannes, der die letzte repräsentative Erscheinung des Judentums in Deutschland vor dem Zweiten Weltkrieg war.